Stadt Zürich

Bild: Guido Brenner

Geschäftsbericht 2011

Allgemeine Verwaltung

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Allgemeine Verwaltung

1.	**Stadtschreiber und Stadtkanzlei**	**13**
1.1	**Aufgaben**	**13**
1.2	**Jahresschwerpunkte**	**13**
2.	**Gemeinderatsbeschlüsse (Sachgeschäfte)**	**17**
3.	**Rechtskonsulent**	**22**
3.1	**Aufgaben**	**22**
3.2.	**Jahresschwerpunkte**	**22**
4.	**Kennzahlen Allgemeine Verwaltung**	**24**
5.	**Parlamentarische Vorstösse**	**25**

1. Stadtschreiber und Stadtkanzlei

1.1 Aufgaben

Der Stadtschreiber ist der Stabschef des Stadtrates. Er prüft alle an den Stadtrat gerichteten Geschäfte und leitet sie an die zuständigen Stellen weiter bzw. traktandiert sie für die Stadtratssitzung. An den Sitzungen des Stadtrates nimmt der Stadtschreiber mit beratender Stimme teil. Zusammen mit der Stadtpräsidentin steht er zudem dem Zentralwahlbüro vor, das die Wahlen und Abstimmungen in der Stadt Zürich durchführt.

Nach sieben Jahren Tätigkeit als Stadtschreiber von Zürich trat André Kuy per Ende Oktober 2011 vom seinem Amt zurück. Bis zum Stellenantritt von Claudia Cuche-Curti am 1. März 2012 hat Ralph Kühne, ehemaliger Departementssekretär des Präsidialdepartements, vorübergehend die Funktion des Stadtschreibers übernommen.

Die Stadtkanzlei

Die vom Stadtschreiber geführte Stadtkanzlei ist die administrative Drehscheibe für den Zürcher Stadtrat. Sie umfasst rund 50 Mitarbeitende in den zentralen Bereichen Kanzleidienste, Kommunikation, Bürgerrecht, Protokoll und Geschäftskontrolle, Organisation und IT sowie Weibeldienst. Die Kernaufgaben der Stadtkanzlei sind:

- Vorbereitung der wöchentlichen Sitzungen und Protokollierung der Beschlüsse des Stadtrates, Publikation der Stadtratsbeschlüsse
- Kommunikation des Stadtrates, Koordination der Medienarbeit und des Internetauftritts
- Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungen und Wahlen
- Vorbereitung der Bürgerrechtsgesuche für den Stadtrat
- Bewirtschaften der Amtlichen Sammlung (Sammlung der Rechtserlasse)
- interne Postverteilung in der gesamten Stadtverwaltung

	2007	2008	2009	2010	2011
Protokollierte Stadtratsbeschlüsse	1641	1578	1778	2176	1617
Medienmitteilungen inkl. Stadtratsbulletin	575	756	656	646	564
Wahlen und Abstimmungsvorlagen	36	52	64	51	65

1.2 Jahresschwerpunkte

Überarbeitete Richtlinien für das Erstellen von Weisungen an den Stadtrat

Die Stadtkanzlei überarbeitete die bestehenden Richtlinien zum Erstellen von Weisungen an den Stadtrat und legte diese per Mitte Jahr neu auf. Die Richtlinien wurden nicht nur aktualisiert, sondern auch umfassender gestaltet, verständlicher geschrieben wie auch mit diversen Weisungsvorlagen versehen. Im Rahmen der Einführung der überarbeiteten Richtlinien wurden durch die Stadtkanzlei zahlreiche Schulungen in allen Departementen durchgeführt. Dadurch konnten die Prozesse zum Erstellen von Weisungen erleichtert, verbessert und reibungsloser gestaltet werden.

Eidgenössische und Kantonale Erneuerungswahlen und Synodalwahlen

Im Frühjahr 2011 fand die Erneuerungswahl der Mitglieder des Kantons- und des Regierungsrates statt. Für die 49 Sitze im Kantonsparlament bewarben sich 497 Kandidierende. Für die sieben Regierungsratsmandate stellten sich sechs bisherige Regierungsrätinnen und -räte und drei neu Kandidierende zur (Wieder-)Wahl. Im Herbst 2011 wurden die Erneuerungswahlen des National- und des Ständerates durchgeführt. 802 Personen kandidierten im Kanton Zürich für einen der 34 Sitze im Nationalrat. Neun Kandidierende empfahlen sich für eines der beiden Ständeratsmandate. An diesen beiden Wahlwochenenden waren jeweils rund 2500 Helferinnen und Helfer in den neun Wahlbüros, im Zentralwahlbüro und im Medienzentrum im Einsatz. Für den reibungslosen Ablauf der elektronischen Datenverarbeitung und -übermittlung unterstützten zahlreiche OIZ-Mitarbeitende die Wahlbüros vor Ort.

Im Frühsommer 2011 wurden die Mitglieder der evangelisch-reformierten Kirchensynode an der Urne gewählt. Die Mitglieder der römisch-katholischen Kirchensynode konnten bis auf eine Ausnahme (Urnenwahl am 15. Mai 2011) in stiller Wahl gewählt werden. Die Organisation und Durchführung der Wahlen war dem Zentralwahlbüro durch den Synodalrat der römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich übertragen worden.

Das Zentralwahlbüro war an den Abstimmungs- und Wahlsonntagen während des Stadthausumbaus im Verwaltungszentrum Werd stationiert und ist seit Oktober 2011 zurück im Stadthaus.

Abstimmungen

Im Berichtsjahr wurden sechs Urnengänge (davon drei mit kommunalen Abstimmungsvorlagen) durchgeführt.

Daten	Vorlagen	Ergebnis	
		Ja	**Nein**
13. Februar	Privater Gestaltungsplan Kornhaus Swissmill, Zürich-Aussersihl	55822	39913
4. September	Volksinitiative «Zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Zürich»	31493	28624
	– Volksinitiative	37558	20885
	– Gegenvorschlag des Gemeinderates	*Volks-initiative*	*Gegen-vor-schlag*
	– Stichfrage	26882	26243
	Wohnbauaktion 2011, Rahmenkredit von 30 Mio. Fr. und Änderung Kreditanteil von 5 Mio. Fr. der Wohnbauaktion 2005	48667	11350
	Einzelinitiative von Jacqueline Rizzo betreffend Gemeinderatswahlen mit tieferer Sperrklausel, Änderung der Gemeindeordnung	19421	35908
27. November	Bau des Vulkanplatzes, Objektkredit von 3983000 Fr.	53253	36264
	Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung	52234	37042
	Wohnpolitischer Grundsatzartikel in der Gemeindeordnung: «Bezahlbare Wohnungen für Zürich» (Gegenvorschlag des Gemeinderates zu drei Volksinitiativen)	68726	21764

Neben 24 Abstimmungen, davon sieben städtischen, erfolgten folgende Wahlen:

- Erneuerungswahlen des Nationalrates, des Ständerates, des Kantonsrates, des Regierungsrates sowie der evangelisch-reformierten und der römisch-katholischen Kirchensynoden
- Ersatzwahl eines Mitglieds des Bezirksgerichts Zürich
- 18 stille Ersatzwahlen in die Kreisschulpflegen Uto, Glattal, Letzi, Schwamendingen, Limmattal, Waidberg und Zürichberg

Die Stimmbeteiligung bei den Urnengängen lag im Durchschnitt bei 34,6 %.

Detaillierte Resultate: www.stadt-zuerich.ch/abstimmungen

Weiter hat der Stadtrat im Jahr 2011 15 Beschlüsse betreffend Nachrücken im Gemeinderat verabschiedet.

Volks- und Einzelinitiativen sowie Petitionen

Im Jahr 2011 wurden keine Volksinitiativen eingereicht (2010: fünf). Es wurde eine Einzelinitiative (2010: zwei) überwiesen:

- Einzelinitiative «Zehn-Minuten-Takt in Randzeiten und am Wochenende auf der Tramlinie 10»
- Ebenso wurden 2011 fünf Petitionen (2010: zwölf) zur Beantwortung an den Stadtrat eingereicht.

E-Voting

Die von 2008 bis 2011 dauernde Testphase mit der elektronischen Stimmabgabe in dreizehn Gemeinden des Kantons Zürich wurde per Ende Jahr abgeschlossen. In der Stadt Zürich fand die elektronische Stimmabgabe im Rahmen des Versuchsbetriebs in den Wahlkreisen 1 und 2 sowie für die rund 8000 Auslandschweizerinnen und -schweizer letztmals am 13. Februar 2011 statt.

Der Regierungsrat hat vom Schlussbericht des Statistischen Amts zur Testphase 2008–2011 Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen ab 2012 beraten. Demnach soll der Einsatz eines neuen Systems für ein flächendeckendes E-Voting im Kanton Zürich geprüft werden.

Ein weiterer Einsatz der für den Kanton Zürich betriebenen E-Voting-Installation wäre aufgrund auslaufender Verträge mit Neuinvestitionen und damit mit erheblichen Kosten verbunden. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Regierungsrat ab 2012 und bis zum Einsatz eines neuen Systems auf die Durchführung weiterer Testabstimmungen. Für die im Kanton Zürich und in der Stadt Zürich stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sollen jedoch in Zusammenarbeit mit dem Kanton geeignete Möglichkeiten zur elektronischen Stimmabgabe geprüft werden.

Mit Elektroroller auf 2000-Watt-Kurs. (Bild: Stadtkanzlei)

Einsatz von Elektrorollern für den Weibeldienst

Seit Sommer 2011 transportiert der Weibeldienst einen Teil der internen Post mit zwei umweltfreundlichen Elektrorollern. Damit ist die Stadtkanzlei zusammen mit dem Einsatz von zwei ehemaligen Postvelos und eines Elektrobikes für Post- und Kurierfahrten auf 2000-Watt-Kurs.

(Illustration: Stadtkanzlei)

Neuer Internetauftritt optimiert für mobile Geräte

Durch die starke Verbreitung von mobilen Geräten (Smartphones, Tablets), mit denen auf das Internet zugegriffen wird, ist auch die Stadtverwaltung herausgefordert, für die Besuchenden der Website der Stadt Zürich nützliche Inhalte in einer an den kleinen Bildschirm angepassten Form zur Verfügung zu stellen.

Im Rahmen des Legislaturschwerpunkts eZürich hat die Kommunikationsabteilung der Stadtkanzlei in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 mit den Departementen die Konzepte für Inhalt, Gestaltung und Funktionsweise des städtischen Internetauftritts für mobile Geräte erarbeitet. Im Frühling 2012 soll der neue Auftritt in einer ersten Version aufgeschaltet werden.

Bürgerrecht

Die Bürgerrechtsabteilung der Stadtkanzlei hat 1700 Geschäfte zuhanden des Stadtrates vorbereitet. Zusätzlich wurden 42 Gesuche durch den Stadtschreiber per Verfügung als erledigt abgeschrieben.

Die in Sachen Bürgerrecht zuständige Subkommission des Gemeinderates hat zweimal im Rahmen einer Sitzung eine Dossierkontrolle durchgeführt und anhand von Stichproben die Ordnungsmässigkeit der Einbürgerungen durch den Stadtrat geprüft.

Mit der Revision der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 wurde der Kanton verpflichtet, ein kantonales Bürgerrechtsgesetz zu erlassen, mit dem Ziel, die Einbürgerungsbedingungen im Kanton Zürich zu vereinheitlichen. Nach dem im Jahre 2008 durchgeführten Vernehmlassungsverfahren, an dem sich auch die Stadt Zürich beteiligte, hat der Regierungsrat am 18. Dezember 2009 dem Kantonsrat den entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt. Die Beratungen im Kantonsrat wurden am 22. November 2010 mit der Verabschiedung des Gesetzes abgeschlossen. Dagegen ist von einem Komitee das Referendum mit einem ausformulierten Gegenvorschlag ergriffen worden. Dieser Gegenvorschlag wird den Stimmberechtigten am 11. März 2012 zusammen mit dem Kantonsratsbeschluss vom 22. November 2010 zur Abstimmung unterbreitet. Das Gesetz sieht u. a. vor, dass nur Personen eingebürgert werden können, die im Besitz einer Niederlassungsbewilligung sind. Im Weiteren sind eine Vereinheitlichung der Wohnsitzfristen und angemessene Kenntnisse der deutschen Sprache vorgesehen. Zudem müssen sich Einbürgerungswillige selber wirtschaftlich erhalten können und dürfen drei Jahre vor Gesuchseinreichung und während des Einbürgerungsverfahrens keine Sozialhilfe beziehen. Der Gegenvorschlag verlangt zusätzlich, dass bei Erwachsenen das Strafregister keine Einträge aufweist und Jugendliche innerhalb der letzten fünf Jahre vor Einreichung des Gesuchs nicht wegen eines Vergehens verurteilt worden sind. Je nach Resultat der Volksabstimmung finden diese Neuerungen auch für das städtische Einbürgerungsverfahren Anwendung.

Geschäfte des Stadtrates betreffend Gemeindebürgerrecht

	2007	2008	2009	2010	2011
Aufnahmen	–[1]	–[1]	2170	1799	1628
Ablehnungen	–[1]	–[1]	10	14	5
Abschreibungen Gemeindeamt (GAZ)	–[1]	–[1]	62	39	28
Entlassungen Stadt	–[1]	–[1]	13	13	22
Entlassungen Stadt/Kanton	–[1]	–[1]	8	12	5
Entlassungen Stadt/Kanton/Bund	–[1]	–[1]	5	10	12
Total	**1848**	**2112**	**2268**	**1887**	**1700**

[1] Im Sinne des per 1. Oktober 2008 in Kraft getretenen Öffentlichkeitsprinzips in der Stadtverwaltung werden ab 2009 die Bürgerrechtsgeschäfte des Stadtrates neu detailliert dargestellt.

Erteilung des Bürgerrechts durch den Kanton Zürich

	2007	2008	2009	2010	2011
Schweizerinnen und Schweizer	267	246	216	279	214
In der Schweiz geborene AusländerInnen[1]	892	1073	1718	1558	815
Im Ausland geborene AusländerInnen[1]	1483	1699	2511	2543	1295
Total der aufgenommenen Personen	**2642**	**3018**	**4445**	**4380**	**2324**

[1] Das Gemeindebürgerrecht erwächst erst in Rechtskraft nach Erteilung des Kantons- und Landesbürgerrechts durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich. Durch die zusätzliche Bearbeitungszeit nach Erteilung des Gemeindebürgerrechts bei Kanton und Bund ist eine direkte Korrelation zwischen dem Mengengerüst «Geschäfte des Bürgerrechts» und «Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt Zürich» nicht möglich.

2. Gemeinderatsbeschlüsse (Sachgeschäfte)

2011 wurden 119 (Vorjahr: 142) Gemeinderatsbeschlüsse verabschiedet

Datum	Titel	GR-Nr.
12. Januar	Postulat von Franziska Graf (SP) und Dr. Thomas Kappeler (CVP) betreffend Strassenverkehrsabgaben (Road Pricing), Einführung im Raum Zürich, Bericht und Abschreibung	2010/408
19. Januar	Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Kalkbreite, Zürich-Aussersihl	2010/419
	Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Technopark, Teilrevision Escher-Wyss	2010/470
26. Januar	Postulat von Monjek Rosenheim (FDP) betreffend Gebiet Binz, Förderung des Zuzugs zusätzlicher Unternehmen, Bericht	2009/525
9. Februar	Verordnung über die Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ)	2010/328
	Immobilien-Bewirtschaftung, Provisorische Schulanlage Ruggächer, Mühlackerstrasse, Quartier Affoltern, Erweiterung um drei Pavillons und eine provisorische Turnhalle, Erhöhung des Objektkredits	2010/494
	Zwischennutzung AMAG Areal Ueberlandstrasse, Zürich Schwamendingen	2010/452
	Langfristige Sicherung des Löwenbräu-Kunstareals, Beteiligung an der Aktiengesellschaft «Löwenbräu Kunst AG», zusammen mit der Stiftung Kunsthalle und der Liegenschaften-Betrieb AG (Migros-Genossenschafts-Bund), Ausgabenbewilligung für den Erwerb des Aktienanteils der Stadt Zürich	2010/453
	Ausländerbeirat der Stadt Zürich, Weiterführung nach Abschluss der Pilotphase, Finanzierung für die Jahre 2011 bis 2014	2010/454
	Stadtentwicklung Zürich, Genossenschaft StartZentrum Zürich, Weiterführung des Beitrags für Erstberatungen und Öffentlichkeitsarbeit für das Jungunternehmertum	2010/468
2. März	Stiftung Zürcher Lehrhaus, Judentum, Christentum, Islam, wiederkehrender jährlicher Betriebsbeitrag von 150000 Fr. für die Zeit von 2011 bis 2014	2010/455
	Allgemeine Polizeiverordnung (APV), Neuerlass	2009/209
9. März	Verein Glattwägs, Beiträge 2011 bis 2014	2010/530
	Verein Impulsis, Beiträge 2011 bis 2014 für das Angebot «Berufseinstiegscoaching (BECO)»	2010/531
	Tiefbauamt, Baulinienvorlage Burgreben, Anpassungen der Baulinien im Gebiet zwischen dem Botanischen Garten und dem Seewasserwerk Lengg, Festsetzung	2009/442
	Tiefbauamt, Baulinienvorlage Manessestrasse, Festsetzung	2010/286
23. März	Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011 der Stadt Zürich und Genehmigung der überarbeiteten Produktegruppen-Globalbudgets 2011	2010/393
30. März	Volkshausstiftung, Verzicht auf Rückforderung eines Darlehens	2010/484
	Dienstabteilung Verkehr, Arbeitsbekleidung für die Frontmitarbeitenden «Kontrolle Ruhender Verkehr», Ausgabenbewilligung	2010/441
6. April	Planungs- und Projektierungskredit für die Nutzung des Hardturmareals beinhaltend ein Fussballstadion, eine städtische Wohnsiedlung und weitere Nutzungen	2010/283
	Postulat von Prof. Dr. Peter Stähli-Bart (SP), Ernst Danner (EVP) und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Hallenbad Oerlikon, Bericht über Um- oder Neubau, Bericht und Abschreibung	2010/526
	Allgemeine Polizeiverordnung (APV), Neuerlass	2009/209
18. Mai	Einzelinitiative von Harry Lütolf betreffend bessere Informationen über Häusersanierung in der Stadt Zürich, Ablehnung	2009/127
	Stadtspital Triemli, Mitgliederbeiträge beim Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK), Ausgaben	2010/532

Datum	Titel	GR-Nr.
25. Mai	Datenschutzverordnung (DSV), Neuerlass	2010/139
	Postulat von Niklaus Scherr (AL) und Dr. Claudia Nielsen (SP) betreffend ewz, Bericht über die Ausschüttung eines befristeten Bonus, Bericht	2008/289
	Elektrizitätswerk (ewz), Flächendeckende Erschliessung der Stadt Zürich mit Glasfasern, Anpassung des Leistungsauftrags	2011/2
	Elektrizitätswerk, Beteiligung am Solarthermie-Kraftwerk Puerto Errado 2 in Spanien, Bewilligung Objektkredit	2011/86
	Immobilien-Bewirtschaftung, Bürogebäude Schaffhauserstrasse 26, Miete zusätzlicher Räume und Ausbau für Zwecke der Stadtpolizei, Polizeilicher Assistenzdienst/Verkehrsdienst, Kreditbeschluss	2010/495
8. Juni	Parkierungskonzept (Historischer Kompromiss), Bericht der GPK über die Abklärungen betreffend Umsetzung des sogenannten «Historischen Kompromisses»	2009/500
	Volksinitiative «Zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Zürich», Ablehnung und Gegenvorschlag	2010/30
	Bewilligung eines Rahmenkredits von 30 Mio. Fr. für die Wohnbauaktion 2011, Änderung des Gemeindebeschlusses vom 21. Mai 2006 betreffend den Kreditanteil von 5 Mio. Fr. für Wohneigentumsförderung an der Wohnbauaktion 2005	2011/4
	Tiefbauamt, Emil-Spillmann-Weg, Erhöhung des Objektkredits	2010/383
	Tiefbauamt, Baulinienvorlage Limmatstrasse, Festsetzung	2010/469
	Tiefbauamt, Vulkanplatz, Neugestaltung, Objektkredit	2011/36
15. Juni	Motion von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Daniel Leupi (Grüne) vom 23. 1. 2008 betreffend Gesundheitsberufe, Lohnnachzahlungen nach Bundesgerichtsentscheid, Verzicht auf Zahlung einer verjährten Schuld und Abschreibung	2010/138
	Postulat der AL-Fraktion betreffend Wiedereinführung der Lunch-Checks, Kreditschaffender Beschluss, Bericht und Abschreibung	2011/142
	Postulat von Claudia Simon (FDP) und Dr. Mischa Morgenbesser (FDP) betreffend Familienergänzende Kinderbetreuung, Bericht über verschiedene Modelle	2010/224
	Immobilien-Bewirtschaftung, Weberstrasse 5, 8004 Zürich, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Stadtverwaltung, Objektkredit	2010/493
22. Juni	Parkgebühren im Gebiet Zoo	2010/247
29. Juni	Verein Lernwerk, Beiträge 1. August 2011 bis 31. Dezember 2015 für das Angebot «FitAttest»	2011/151
	Stadtspital Triemli, Neubeschaffung eines 3.0-Tesla-Magnetresonanztomografie-Geräts im Institut für Radiologie, Objektkredit und Vergabe	2011/88
6. Juli	Rechnung 2010, Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2010	2011/87
	Amt für Städtebau, Bauordnung, Ergänzung von Art. 8 Arealüberbauung mit einem neuen Abs. 6	2009/478
	Volksinitiative der Jungen Grünen, «Für eine sinnvolle Nutzung von Flachdächern», Antrag auf Ungültigerklärung	2011/23
13. Juli	Motion von Franziska Graf (SP), vertreten durch Dr. André Odermatt (SP), und Daniel Leupi (Grüne) betreffend Fahrradverleihsystem, Einführung und Trägerschaft, Antrag auf Fristerstreckung	2007/510
	Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung, Erlass einer Gebührenordnung Parkkarten Blaue Zone	2010/246
	Jugendmusikschule der Stadt Zürich (JSZ), Umwandlung in die Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) durch Integration der Schule Zürich Konservatorium Klassik und Jazz (ZZKJ), Änderung der Verordnung über die Volksschule in der Stadt Zürich, Ausgabenbeschluss	2010/440

Datum	Titel	GR-Nr.
	Zusatzkredite I. Serie 2011	2011/168
	Elektrizitätswerk (ewz), Übergangsregelung für die Bonusaktion 2012 auf Tarifen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich	2011/208
	Volksinitiative «Bezahlbar UND ökologisch wohnen!», Ablehnung	2011/16
	Motion von Katrin Schönenberger-Meier (EVP) und Dr. Thomas Kappeler (CVP) betreffend VBZ-Buslinie Witikon-Stadtzentrum, Weisung für eine direkte Verbindung, Verzicht auf Erfüllung, Abschreibung	2007/53
24. August	Liegenschaftenverwaltung, Verkauf einer Industrielandparzelle im Gebiet Hackacker in Urdorf	2011/104
31. August	Einzelinitiative von Gallus Cadonau betreffend 2000-Watt-Ziel umsetzen schafft Arbeitsplätze und lokale Wertschöpfung, Antrag auf Fristerstreckung	2009/605
	Finanzdepartement, Humanitäre Hilfe im Ausland 2011, Dürrekatastrophe in Ostafrika, 150 000 Fr. an das Schweizerische Rote Kreuz, Nothilfe im Nordosten Kenias	2011/308
	Volksinitiative «Wohnen für alle», Ablehnung	2011/14
	Volksinitiative «Familiengerechte Stadt Zürich», Ablehnung	2011/15
	Volksinitiative «Seniorengerechte Stadt Zürich», Ablehnung	2011/17
	Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH), Neufestlegung der Sparbeiträge auf Basis des Beitragsmodells 2012 (Änderung von Art. 85 Abs. 2 Personalrecht, PR), Sonderregelung für Überbrückungszuschuss (Ergänzung von Art. 27 PR)	2011/94
	Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Hauptsitz Swiss Re», Zürich-Enge, und Vereinbarung zwischen Swiss Re und Stadt Zürich über die Verlagerung öffentlicher Parkplätze	2011/141
	Tiefbauamt, Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen sowie für die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse, Erhöhung Objektkredit	2011/51
14. September	Soziale Einrichtungen und Betriebe, Projekt «Strichplatz», Landreserve Ecke Aargauer-strasse/Würzgrabenstrasse (AL8240), bauliche Massnahmen für eine provisorische Nutzung, Objektkredit	2011/170
21. September	Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2010	2011/143
	Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2010	2011/211
	Geschäftsbericht des Stadtrates 2010	2011/120
	Verwaltungsreform, Trimesterbericht I/2011 zu den Globalbudgets	2011/188
28. September	Amt für Städtebau, Bauordnung, Ergänzung von Art. 8 Arealüberbauung mit einem neuen Abs. 6	2009/478
5. Oktober	Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2010	2011/156
	Stiftung Berufslehrverbund Zürich BVZ, Beiträge 1. August 2011 bis 31. Juli 2014 für den Bereich «Eidgenössisches Berufsattest EBA und Fachperson Betriebsunterhalt EFZ»	2011/251
	Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Quartier Affoltern, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des Kommunalen Verkehrsplans der Stadt Zürich und an die Parzellierung des öffentlichen Grunds, Festsetzung	2010/148
	Geomatik + Vermessung, Grenzmutation Hardturm mit Anpassung der Stadtkreisgrenze	2011/154
26. Oktober	Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung, ergänzender Bericht zum Postulat von Pierino Cerliani (Grüne)	2006/54
	Bericht des Stadtrates zum Legislaturschwerpunkt «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft»	2008/470

Datum	Titel	GR-Nr.
	Beiträge an das Diakonenhaus St. Stephanus Nidelbad-Rüschlikon und an die Krankenstation Schimmelstrasse, Aufhebung	2011/286
	Liegenschaftenverwaltung, Renovation der Wohnsiedlung Luggweg	2011/139
2. November	Geschäftsordnung des Gemeinderates (GeschO GR), Teilrevision	2011/305
	Entschädigungsverordnung des Gemeinderates (EntschVO GR), Teilrevision	2011/306
	Verein Offene Jugendarbeit Zürich (OJA), Beiträge 2012 bis 2015 für das Angebot «Job Shop/Info Shop»	2011/252
	Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz», Beiträge 2012 bis 2015 für das Selbsthilfezentrum Zürich	2011/288
	Grün Stadt Zürich, Kauf des ETH-Lehrwaldes, Tausch von Waldparzellen zwischen Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit	2011/309
9. November	Postulat der FDP-Fraktion betreffend Effizienzverbesserung zwischen den Kommunikationsverantwortlichen in den Departementen, Bericht und Abschreibung	2009/157
	Präsidialdepartement, Leitbild Kulturförderung 2012 bis 2015, Kenntnisnahme	2011/217
	Jazz Verein Moods, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/226
	Stiftung Mühlerama, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/227
	Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/228
	Forum Alte Musik Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/229
	Verein Theater Stadelhofen, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/230
	Zürcher Sängerknaben, Beitrag 2012 bis 2015	2011/231
	Filmklub Xenix, Beitrag 2012 bis 2015	2011/244
16. November	Motion der Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung betreffend Bau- und Zonenordnung (BZO 1999), Teil III, flankierende Massnahmen, Antrag auf Fristerstreckung	2000/126
	Revision von Art. 12 der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht PR), Anstellung mit öffentlich-rechtlichem Vertrag für Beschäftigte in Angeboten zur Integration in den Arbeitsmarkt	2011/119
	Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Blumenfeld- und Mühlackerstrasse sowie Nettie-Sutro-Strasse, Zürich-Affoltern	2011/210
	Zusatzkredite II. Serie 2011	2011/327
	Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Mario Mariani (CVP) betreffend Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg vom Hardplatz bis Bucheggplatz, Bericht und Abschreibung	2005/551
23. November	Pro Senectute Kanton Zürich, Betriebsbeiträge 2012 bis 2015 für den Treuhanddienst und die Rentenverwaltung für ältere Menschen	2011/287
	Trägerverein Quartiertreff Hirslanden, Beitrag 2012	2011/330
30. November	Soziale Einrichtungen und Betriebe, Verordnung über die Wohnintegrationsangebote und deren Tarife	2011/190
	Human Resources Management, Projekt «Optimaler Berufseinstieg für Lehrabgängerinnen und -abgänger», Bericht und Antrag auf definitive Einführung	2011/285
	Liegenschaftenverwaltung, Überbauung Kalkbreite, Objektkredit für Gleisüberdeckung	2011/342
	Immobilien-Bewirtschaftung, Miete von Räumen der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, für das Sozialzentrum Ausstellungsstrasse	2011/325
	Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz, Zürich-Altstadt	2011/400
7. Dezember	Tonhalle-Gesellschaft, Änderung des Subventionsvertrages	2011/284
	Tanzförderung, Rahmenkredit	2011/245

Datum	Titel	GR-Nr.
	Camerata Zürich, Beitrag 2012 bis 2015	2011/246
	Literaturhaus Museumsgesellschaft, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/247
	Verein Tram-Museum Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/275
	sogar theater, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/276
	Zürcher Kammerorchester, Beitrag 2012 ff.	2011/277
	Zürich Film Festival, Beitrag 2012 bis 2014	2011/278
	Theater Stok, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/279
	Tanzhaus Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/280
	Theater Winkelwiese, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/281
	Verein Fabrikjazz Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015	2011/282
	Theaterhaus Gessnerallee, Jahresbeitrag ab 2012 ff.	2011/283
21. Dezember	Voranschlag (Budget) 2012 Genehmigung der Produktegruppen-Globalbudgets	2011/345
	Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahre 2012	2011/341
	Liegenschaftenverwaltung und Immobilien-Bewirtschaftung, Planung einer kommunalen Wohnsiedlung mit Gewerbeflächen und einem Werkhof auf dem Areal Hornbach, Quartier Riesbach, Projektierungskredit	2011/37
	Schul- und Sportdepartement, Pestalozzibibliothek Zürich (PBZ), Weiterführung des jährlichen Betriebsbeitrags für die Jahre 2012 bis 2014	2011/250

3. Rechtskonsulent

3.1 Aufgaben

Der Rechtskonsulent nimmt an den Sitzungen des Stadtrates mit beratender Stimme teil, prüft alle Stadtratsgeschäfte in rechtlicher Hinsicht und führt bzw. begleitet die ihm vom Stadtrat übertragenen Prozesse. Er beurteilt zuhanden der Gesamtbehörde Rechtsfragen, insbesondere aus den Gebieten des Verwaltungsrechts und des gesamten öffentlichen Rechts. Vom Stadtrat und mit dessen Zustimmung auch vom Gemeinderat kann er mit Rechtsgutachten beauftragt werden. Darüber hinaus übernimmt er die amtliche Vorprüfung von Volksinitiativen. Sein Stellvertreter leitet die städtische Schätzungskommission zur Beratung des Stadtrates und der Dienstabteilungen in Grundstückgeschäften und vertritt die Stadt in Verfahren wegen formeller oder materieller Enteignung.

3.2. Jahresschwerpunkte

Amtliche Vorprüfung von Volksinitiativen

Da dieses Jahr keine Volksinitiative eingereicht wurde, führte der Rechtskonsulent auch keine amtliche Vorprüfung durch.

Initiativrecht

Im Februar 2011 ist im Dike-Verlag das vom Rechtskonsulenten publizierte Buch «Das Initiativrecht der zürcherischen Parlamentsgemeinden» der Autoren P. Saile/M. Burgherr erschienen. Im März 2011 fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe für städtische Juristinnen und Juristen eine Buchvernissage statt. Die Publikation hat sich als äusserst wertvoll erwiesen und wird – auch von externen Stellen – rege benutzt, insbesondere die grafische Umsetzung des Verfahrens in Tafeln. Es muss aber leider – diesem positiven Kommentar zum Trotz – immer wieder festgestellt werden, dass die gesetzliche Regelung sehr kompliziert ist und immer wieder Fragen aufwirft.

Mitberichte zu Einsprachen

Der Rechtskonsulent erstellte zu 79 (2010: 307) Einsprachen einen Mitbericht (vgl. Tabelle). Die Anzahl der Einsprachen hat sich wieder auf ein normales Mass eingependelt, da die Einsprachen zu den Lohnmassnahmen zurückgegangen sind, die der Grund für eine ausserordentliche Zunahme in den letzten beiden Jahren waren.

Juristische Abklärungen

Der Rechtskonsulent nahm zu verschiedenen Fragen aus Verwaltung und Parlament mit kürzeren oder längeren Exposés Stellung, so zu Stiftungsgründungen, zu Fonds, zu Gebühren, zur Stabsstelle des Präsidialdepartements, zu Fumoirs, zur Finanzierung von Kinder-, Jugend- und Schulheimplatzierungen, zur Zweckbindung von Gebühren, zum Markenschutz, zur Neuorganisation der Vormundschaftsbehörde sowie im Auftrag der RPK zur Prüfungstätigkeit der Rechnungsprüfungskommission. Im Weiteren ging es um Themen wie historischer Parkplatz-Kompromiss, Zulässigkeit von Amtszeitbeschränkungen für Gemeindebehörden, um Rechtsgrundlagen bei Stellenplänen sowie um die Mitarbeit bei den Projekten «Forensisches Institut (FOR)» und «Zürcher Polizeischule (PSZH)».

Im März hat der Stadtrat auf Antrag des Rechtskonsulenten einen Beschluss zum IDG-Status von Stadtratsbeschlüssen gefasst, der durch Kategorisierung der verschiedenen Arten von Stadtratsbeschlüssen eine Vereinfachung der Handhabung der Publikation der Stadtratsbeschlüsse im Internet mit sich brachte. Es ging vor allem darum, Kategorien von Stadtratsbeschlüssen zu definieren, die entgegen dem Transparenzprinzip grundsätzlich nicht öffentlich zu machen sind, und zwar ohne dass dies im fraglichen Beschluss besonders begründet werden muss. Sollen andere Beschlüsse nicht öffentlich gemacht werden, so ist dies besonders zu begründen. Im April wurde eine ausführliche Vernehmlassung zum neuen Gemeindegesetz verabschiedet, die vom Rechtskonsulenten koordiniert wurde.

Schätzungsgeschäfte

Die Schätzungskommission behandelte unter dem Vorsitz des Rechtskonsulent-Stellvertreters an 17 (2010: 17) ordentlichen Sitzungen insgesamt 55 (2010: 59) Schätzungsgeschäfte sowie – in einem vereinfachten Verfahren – 28 (2010: 19) Bagatellgeschäfte.

Enteignungsverfahren

Ende 2011 waren 5 (2010: 6) vom Rechtskonsulent-Stellvertreter geführte Verfahren betreffend formelle oder materielle Enteignungen pendent.

Formelle Enteignung: In den Verfahren betreffend Tram Zürich-West, Durchmesserlinie der SBB und Glattalbahn (3. Etappe) kann durchwegs mit einvernehmlichen Lösungen gerechnet werden, und es sind auch für zahlreiche Teilaspekte bereits Vereinbarungen getroffen worden. Insbesondere konnte im Berichtsjahr ein formelles Verfahren vor der eidgenössischen Schätzungskommission über das Entschädigungsbegehren eines Anstössers der neuen Tramlinie Zürich-West mit einem Vergleich abgeschlossen werden. Bei den flankierenden Massnahmen für die Umfahrung Zürich-West N4/N20 führt der enteignungsrechtlich bewilligte Abbruch eines Hauses zu einem komplexen, sich in die Länge ziehenden Entschädigungsverfahren.

Materielle Enteignung: Die 1992 beschlossene, allerdings zum Teil erst zu Beginn der Jahrhundertwende rechtskräftig gewordene Revision der Bau- und Zonenordnung hat zu zahlreichen Entschädigungsprozessen geführt, deren letzter im Berichtsjahr vom Verwaltungsgericht zugunsten der Stadt entschieden wurde, womit dieser eine Ausgabe von rund 10 Mio. Fr. erspart bleibt (das Urteil kann noch ans Bundesgericht weitergezogen werden). Ein durch die denkmalpflegerische Unterschutzstellung einer Scheune ausgelöstes Entschädigungsverfahren konnte nach einem langwierigen Verfahren durch Vergleich abgeschlossen werden. Neu musste ein Verfahren eröffnet werden, in dem es um die allfällige Entschädigung für die Unterschutzstellung eines Gartens geht.

Einsprachen nach Themengruppen

	2007	2008	2009	2010	2011
Personal					
Überleitung ins neue Lohnsystem / Lohnmassnahmen	6	16	47	223	26
übrige personalrechtliche Anordnungen	29	21	26	13	16
Gebühren					
Abschleppgebühren	3	0	5	6	3
Anschlussgebühren für den Bezug elektrischer Energie/Rückforderung Stromsparfonds	1	3	1	2	2
Abfall-/Abwasser-/Hauszuleitungsgebühren	3	0	2	8	0
Zuschlagtaxen infolge Fahrens ohne gültigen Ausweis	3	5	4	6	0
andere	1	4	7	12	11
Entzug, Erteilung, Nichterteilung einer Betriebsbewilligung					
Taxibetriebsbewilligung	3	2	1	3	0
andere	6	11	8	6	3
Verkehrsanordnungen	7	3	12	7	0
Beitragsleistungen (Elternbeiträge/Stipendien/ Alimentenbevorschussung u.a.)	8	12	14	10	8
Schliessungszeit im Gastgewerbe, Tierhaltung, Platzierung Kunststoffcontainer	17	1	0	2	3
Diverse	5	5	5	9	7
Total behandelte Einsprachen	**92**	**83**	**132**	**307**	**79**

4. Kennzahlen Allgemeine Verwaltung

	2007	2008	2009	2010	2011
Mitarbeitende total	354	339	350	356	358
– davon Frauen	194	185	185	185	193
– davon Männer	160	154	165	171	165
Ø Stellenwert-Äquivalent[2]	312	302	315	315	316
Führungskader total	98	94	81	84	88
– davon Frauen	30	26	26	27	31
– davon Männer	68	68	55	57	57
Lernende total	20	22	20	25	22
– davon Frauen	14	14	12	17	14
– davon Männer	6	8	8	8	8
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)[1]					
Total	243	233	235	242	236
Frauen	103	100	91	93	90
Männer	140	133	144	149	146
Frauen in %	42.4	42.9	38.7	38.4	38.1
Männer in %	57.6	57.1	61.3	61.6	61.9
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)[1]					
Total	83	82	90	87	93
Frauen	67	65	69	68	75
Männer	16	17	21	19	18
Frauen in %	80.7	79.3	76.7	78.2	80.6
Männer in %	19.3	20.7	23.3	21.8	19.4
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)[1]					
Total	28	29	34	33	37
Frauen	24	24	33	30	36
Männer	4	5	1	3	1
Frauen in %	85.7	82.8	97.1	90.9	97.3
Männer in %	14.3	17.2	2.9	9.1	2.7
Personalaufwand	44 390 735	45 343 947	49 294 374	52 503 482	50 036 801
Sachaufwand	23 853 114	17 474 201	11 596 513	10 473 337	11 333 239
Übriger Aufwand	29 100 610	44 489 189	66 564 555	13 911 932	14 306 284
Total Aufwand	97 344 459	107 307 337	127 455 442	76 888 751	75 676 324
Bruttoinvestitionen	–	–	–	–	–

Definitionen:
In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

[1] Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

[2] Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 erhöhen sich dadurch um 9 Stellenwerte.

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate
Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2011)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)
POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 1999/000763 1999/000178	21.04.1999 10.11.1999	SP-Fraktion Übernahme der kantonalen Bestimmungen

Der Stadtrat wird beauftragt, die Bestimmungen für die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt Zürich aufzuheben und Einbürgerungen nach den kantonalen Richtlinien vorzunehmen.

Abwarten der Volksabstimmung vom 11. März 2012: keine Abschreibung der Motion.

MOT 1999/000928 1999/000217	26.05.1999 10.11.1999	Sörensen Hansjörg und Schmid Ronald Einbürgerung, Änderung der Richtlinien

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für neue Richtlinien für die Einbürgerung von im Ausland geborenen Ausländern zu unterbreiten. Die Richtlinien sind wie folgt zu ändern:
- *Art. 7 lit. a (geänderter Art. 7)*
- *Von den Bewerbern um das städtische Bürgerrecht wird verlangt, dass sie die Zürcher Mundart verstehen sowie eine deutschschweizerische Mundart in angemessener Weise sprechen, oder sich mindestens in schriftdeutscher Sprache ausdrücken können.*
- *Art. 7 lit. b (neu)*
- *Von den Bewerbern wird verlangt, dass sie angemessene Kenntnisse über den schweizerischen Staat sowie über die Rechte und Pflichten der Schweizerbürger besitzen.*
- *Art. 7 lit. c (neu)*
- *Die Lebenskosten und Unterhaltsverpflichtungen müssen durch eigenes Erwerbseinkommen, Vermögen oder Rechtsansprüche gegenüber Dritten gedeckt sein.*
- *Bewerber dürfen in den letzten 3 Jahren vor der Einreichung des Bürgerrechtsgesuches keine staatlichen Fürsorgeleistungen bezogen haben.*

Abwarten der Volksabstimmung vom 11. März 2012: keine Abschreibung der Motion.

POS 2000/001199 2000/000292	21.06.2000 10.01.2001	Marti Peter und Rosenheim Monjek Einbürgerung, Einführung von Sprachtests

Der Stadtrat wird gebeten, das Bestehen eines einfachen Sprachtests bei einem externen, neutralen Gremium in Deutsch durch alle fremdsprachigen, erwachsenen Personen nichtschweizerischer Nationalität als ein verbindliches Einbürgerungskriterium zu prüfen.

Abwarten der Volksabstimmung vom 11. März 2012: keine Abschreibung des Postulates.

POS 2010/000644 2010/000257	14.11.2007 09.06.2010	Uttinger Ursula und Egger Urs Einbürgerungen, Bestehen einer Deutschprüfung als Voraussetzung

Der Stadtrat wird verpflichtet, dem Gemeinderat einen Antrag zu einer städtischen, durch den Gemeinderat gestützt auf Art. 41 lit. l GO zu erlassenden Einbürgerungsverordnung zu unterbreiten, in welcher festgehalten wird, dass für die Erlangung des Zürcher Gemeindebürgerrechts das Bestehen einer Deutschprüfung, bei einer unabhängigen und externen Institution vorausgesetzt ist, und zwar für alle Bewerbenden individuell. Eine Beurteilung von Härtefällen soll möglich sein. Das für eine Einbürgerung benötigte Deutschniveau ist verbindlich in der Verordnung festzulegen.

Abwarten der Volksabstimmung vom 11. März 2012: keine Abschreibung des Postulates.

MOT 2008/001192 2008/000499	05.11.2008 28.09.2011	Glättli Balthasar und Abele Martin Bürgerrecht für im Ausland geborene ausländische Personen, Aufhebungen der Bestimmungen

Der Stadtrat wird beauftragt, die städtischen Bestimmungen für die Aufnahme von im Ausland geborenen Ausländerinnen und Ausländer in das Bürgerrecht der Stadt Zürich aufzuheben und künftig Einbürgerungen nur noch nach den kantonalen Richtlinien vorzunehmen.

Abwarten der Volksabstimmung vom 11. März 2012: keine Abschreibung der Motion.

II. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate
Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 150.170.370-002 2011/000391	26.10.2011 09.11.2011	Bürlimann Martin und Tomezzoli Ruggero Mitteilung an die Stimmberechtigten betreffend der fristgerechten Rücksendung der Abstimmungsunterlagen

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie den Wählerinnen und Wählern mitgeteilt werden kann, bis wann die Stimm- und Wahlkuverts per Post abgeschickt sein müssen, damit sie rechtzeitig im Wahlbüro ankommen.

Bereits heute werden die Stimmberechtigten mittels Inseraten im Tagblatt (jeweils rund einen Monat vor dem Urnengang sowie in der Woche vor dem Urnengang) und im Internet darauf hingewiesen, dass die Antwortkuverts rechtzeitig (d. h. so, dass diese spätestens am Freitag vor dem Urnengang bei der Stadt eintreffen) der Post übergeben werden müssen. Auch bei Medienanfragen und -interviews wird regelmässig darauf hingewiesen.
Das Postulat fordert in Ergänzung dazu einen entsprechenden Hinweis direkt auf dem Stimm- und Wahlmaterial. Auf dem Stimmrechtsausweis ist dies aus Platzgründen nicht möglich. Hingegen soll neu auf der Rückseite des Stimmkuverts ein Hinweis aufgedruckt werden, dass dieses bis spätestens am Dienstag vor dem Urnengang der Post zu übergeben ist, wobei die letzte Leerung des Briefkastens oder der Schalterschluss der Poststelle von den Stimmberechtigten beachtet werden muss.
Diese Massnahme wird mit der nächsten Auflage der Kuverts (ab Herbst 2012) umgesetzt und ist mit der Post abgesprochen worden. Weiter wird der Text in den Tagblattinseraten ab dem Urnengang vom 17. Juni 2012 entsprechend angepasst.
Trotz diesen Massnahmen kann die Stadt keinesfalls die Verantwortung für verspätet zugestellte Postsendungen übernehmen und allfällige Rekurse in Stimmrechtssachen riskieren.
Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, das Postulat abzuschreiben.